

Die Volksgruppe fordert ab 2027 eine Rückkehr zu einem ausreichenden Förderniveau, das die tatsächlichen Bedürfnisse der kulturellen, sprachlichen und organisatorischen Arbeit widerspiegelt und auch mehrjährige Projekte ermöglicht.

Zentrale Volksgruppenanliegen präsentiert

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovensci/meldungen, 21.1. 2026)

Ministerin Claudia Bauer (ÖVP) – vormals Plakolm –, in der Bundesregierung zuständig für die autochthonen Volksgruppen, besuchte den Kroatischen Kulturverein im Burgenland/ Hrvatsko kulturno društvo u Gradišću (HKD). Im Rahmen des Treffens fand ein intensiver Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der kroatischen Volksgruppe statt.

Der Präsident des Kulturvereins und Generalsekretär des Österreichischen Volksgruppenzentrums/ Center avstrijskih narodnih skupnosti (ČVZ/CAN), Josef Buranits, der Vorsitzende des Volksgruppenbeirates für die Kroaten Harald Ladich und weitere Funktionäre des Kroatischen Kulturvereins begrüßten die Ministerin, heißt es in der Aussendung des Vereins.

Die Gespräche seien im Zeichen der langfristigen Sicherung der kroatischen Sprache und Kultur, der Stärkung der Volksgruppenrechte sowie der Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen in Österreich gestanden.

Bildung, Förderung, Reform des VGG

Die Funktionärinnen und Funktionäre der kroatischen Volksgruppe nutzten den Besuch, um zentrale Anliegen zu präsentieren. Unter anderem sprachen sie sich erneut für eine umfassende Modernisierung des Volksgruppengesetzes (VGG) aus, heißt es in der Mitteilung.

Die kroatische Volksgruppe bekräftigte die Notwendigkeit eines vollständigen Bildungsangebots in Wien (Model Komenský) – vom Kindergarten bis zur Matura – um Kindern und Jugendlichen eine durchgängige Ausbildung in der Volksgruppensprache auch außerhalb des autochthonen Siedlungsgebietes zu ermöglichen. Besonderes Augenmerk lag auf der Unterstützung der Volksgruppensprachen im Rahmen der §15a-Vereinbarung zur Elementarpädagogik. Die Vertreterinnen und Vertreter

betonten, dass frühe sprachliche Förderung entscheidend für den Erhalt der kroatischen Sprache sei.

Die Volksgruppe fordert ab 2027 eine Rückkehr zu einem ausreichenden Förderniveau, das die tatsächlichen Bedürfnisse der kulturellen, sprachlichen und organisatorischen Arbeit widerspiegelt und auch mehrjährige Projekte ermöglicht.

Neukodifizierung des Volksgruppengesetzes

Die Vertreter der kroatischen Volksgruppe sprachen sich erneut klar für eine umfassende Modernisierung des Volksgruppengesetzes aus. Besonders hervorgehoben wurden:

- Stärkung der Rechte der Volksgruppenvertretung gegenüber österreichischen Behörden und Institutionen (beratend und gestaltend),*
- die Beseitigung bzw. Neuformulierung veralteter, unpraktischer, einschränkender und nicht zielführender Bestimmungen (Möglichkeiten der Digitalisierung, ...) sowie*
- die Formulierung kollektiver Rechte (mehr rechtliche Sicherheit und Handlungsspielraum).*

Bundesministerin Bauer habe das Engagement der kroatischen Organisationen, insbesondere des besuchten Kroatischen Kulturvereins, speziell im Bereich Kinder- und Jugendarbeit sowie die wichtige Rolle der kroatischen Volksgruppe für die kulturelle Vielfalt Österreichs gewürdigt.

Abschließend unterstrich HKD-Präsident Buranits die Notwendigkeit, „von bloßen Schutzbestimmungen zu einer offensiven und zukunftsorientierten Sprachenpolitik von Bund und Ländern überzugehen, um das langfristige Fortbestehen der Volksgruppen zu gewährleisten“.